



SCHWEIZERISCHE VERTRETUNG
REPRÉSENTATION SUISSE

in / à

Paris OCDE

Office fédéral des affaires économiques extérieures Secrétariat	
No. EE. 753.1.0	
Destinataire	
199 27. JAN. 1993	
Nombre d'expl.	Répondu
Egalement envoyé à:	
bef	jek
Votre communication du	
	APL

EVD/BAWI
Herrn Wilhelm B. Jaggi
Vizedirektor

Ihr Zeichen
Votre référence

Ihre Nachricht vom
Votre communication du

Unser Zeichen
Notre référence

Datum
Date

Gen.Org.-RB/FD/CC

25.1.1993

Gegenstand / Objet

Nach dem Nein zum EWR: Zunahme der Bedeutung der OECD für die Schweiz?

1. Fragestellung

Nach dem Nein vom 6. Dezember 1992 zum EWR stellt sich aus ausenwirtschaftspolitischer Sicht unter anderem die Frage, inwieweit dieser Entscheid die Bedeutung tangiert, die die OECD für die Schweiz hat. Die Antwort kann nicht kurzfristig und ein für allemal gegeben werden. Vielmehr ist sie von kommenden Entwicklungen und Entscheidungen abhängig, die eine periodische Ueberprüfung und gegebenenfalls Anpassung der Lagebeurteilung und der daraus abgeleiteten Politik erfordern.

Wohlwissend, dass sich die zuständigen Stellen in Bern mit der eingangs erwähnten Frage auseinandersetzen, leistet die Permanente Delegation in der Folge einen Beitrag an diese Reflexion. Zu diesem Zweck wurden namentlich folgende Fragen gestellt:



- Verändert das EWR-Nein die Bedeutung der OECD für die Schweiz?
- Wenn ja, kann dies substantiell, d.h. sektorweise konkretisiert werden?
- Inwiefern müssen durch Zentrale und Delegation neue Arbeitsschwerpunkte gebildet und/oder methodische Anpassungen gemacht werden?
- Welche Schlüsse gilt es bezüglich der Zuteilung und des Einsatzes der Mittel zu ziehen, welche Zentrale und Delegation zur Verfügung stehen?

2. Zunahme der Bedeutung der OECD für die Schweiz?

Ausgangspunkt zur Beurteilung dieser Frage ist eine grundlegende politische Wahl Berns: Sicher bildet Europa weiterhin den Schwerpunkt unserer aussenwirtschaftspolitischen Beziehungen, sollte aber nicht der globale Ansatz unserer Aussenwirtschaftspolitik verstärkt werden? Wäre letzteres der Fall, so käme der OECD als globaler Organisation zweifellos ein höherer Stellenwert zu. Die Erklärungen des Bundesrats seit der Abstimmung vom 6. Dezember lassen jedoch darauf schliessen, das sich das relative Gewicht zwischen Europapolitik und globaler Kooperation kaum verschieben wird. Aus dieser Sicht ist somit kein markanter Anstieg der OECD-Bedeutung für die Schweiz zu erwarten.

Dies gesagt scheinen folgende Ueberlegungen von Bedeutung zu sein:

- Mit der Ablehnung der Option EWR und der weitgehenden Entleerung der Option EFTA hat sich die Schweiz wichtiger Kooperationsmöglichkeiten und privilegierter Informationskanäle beraubt. Umso bedeutsamer scheint deshalb logischerweise eine noch bessere Ausnutzung des aussenwirtschaftspolitischen Instrumentariums, das ihr zur Verfügung steht - also grösseres Interesse an der OECD.
- Die Schweiz ist de iure nicht in die Neu- und Weiterentwicklung des EWR-relevanten Rechts eingebunden; de facto wird sie jedoch darauf Rücksicht nehmen müssen. Fundamentale Schweizer Interessen müssen mit Nachdruck eingebracht werden, wo der OECD-Dialog Einfluss auf die EG hat (haben könnte) - also wichtigere Rolle der OECD.
- Ein Teil von Eurolex wird nun als Swisslex durchgezogen werden. Obwohl die Schweiz aus ureigenstem Interesse zu raschem Vorwärtsmachen gezwungen ist,

müssen verschiedenste Hindernisse überwunden werden. Kooperativ erreichte Erkenntnisse der OECD und "peer pressure" können im einen oder andern Fall etwas nachhelfen - tendenziell also nützliche Rolle der OECD.

Es gilt jedoch unseres Erachtens sogleich zu relativieren:

- Die OECD kann den EWR nicht im Entferntesten ersetzen, weil sie in erster Linie globaler Natur und ein Instrument des "policy dialogue" sowie ein "think tank" ist; auch wirkt sie vorwiegend über "peer pressure" auf ihre Mitgliedländer und selten über rechtlich verbindliche Instrumente.
- Durch den EWR wären neue, engere Beziehungen im westeuropäischen Raum entstanden. Die Schweiz wäre rechtlich in mancher Hinsicht gebunden gewesen. Zahlreiche Geschäfte wären fortan prioritär mit und in Brüssel verfolgt und entschieden worden - die OECD wäre tendenziell weniger wichtig geworden.
- Die obenerwähnten fundamentalen Interessen der Schweiz sind schon vor dem 6. Dezember in der OECD vertreten worden. Das Nein zum EWR lässt keinen grundlegenden Unterschied feststellen.

Zusammengefasst sind wir somit der Meinung, dass - falls ein generelles Urteil überhaupt Sinn macht - von "Status quo ante" gesprochen werden kann. Sektorweise kann aber ein zum Teil durch das EWR-Nein mitbedingter effektiver Bedeutungszuwachs der OECD konkretisiert werden.

3. Zunahme der Bedeutung in gewissen Sektoren

Status quo oder erhöhtes Interesse sektorweise? Die Beantwortung dieser Frage hängt davon ab, ob die OECD praktisch einziger Kontakt- und Kooperationspunkt auf einem bestimmten Gebiet ist und/oder inwiefern sich in bestimmten Sektoren durch den Einbezug unserer EFTA-Partner in den EWR- und bald EG-Verbund eine erweiterte und verstärkte EG-Position ergibt. Gemessen am Zustand vor dem 6. Dezember scheinen uns momentan folgende Sektoren von erhöhter Bedeutung für die Schweiz.

- Konsumentenpolitik: Das entsprechende Komitee scheint noch das einzige Gremium zu sein, in dem die Schweiz international und namentlich mit den EG-Ländern kooperieren kann.

- Tourismus: Gleiche Situation. Es bleibt abzuwarten, ob die Schweiz in Zukunft in die informelle Arbeitsgruppe EG-EFTA noch eingeladen wird.
- Erziehung: Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren leitet aus dem Nein zum EWR direkt den Wunsch nach Intensivierung ihres Engagements in Europarat und OECD ab.
- Bildung/Forschung: Die OECD ist nicht führend auf diesen Gebieten. Trotzdem kann versucht werden, die Arbeitsprogramme verschiedener tangierter Ausschüsse in einem von uns erwünschten Sinn zu beeinflussen. Dies verlangt aber klare Vorstellungen und Ziele.
- CMIT: Die Liberalisierungsarbeiten im Rahmen der Kodizes sind mit Nachdruck zu verfolgen. Spezielle Beachtung verdienen die Entwicklungen in Sachen Investitionen und im Zusammenhang mit der 2. Bankenrichtlinie der EG.
- Industrie: Die Themen Subventionspolitik und Strukturanpassung werden immer wichtiger.
- Arbeitsmarktpolitik: Ein zentrales Thema, das noch bedeutender geworden ist.

Zudem kann in andern Bereichen die Behandlung spezifischer Einzelfragen oder Probleme in der OECD durch unser Abseitsstehen von EWR und EG an Bedeutung gewinnen. Beispiel: Der von der EG-Kommission lancierte Vorschlag einer CO₂-/Energiesteuer und die damit verbundene Frage der Konditionalität (koordiniertes Vorgehen) - EG und USA erachten die OECD als den Rahmen, in dem ein internationaler Durchbruch anzustreben ist.

4. Neue Arbeitsschwerpunkte, Arbeitsmethode

Erhöhte Bedeutung einzelner Sektoren heisst hauptsächlich Verschiebung von Akzenten und tendenzielle Verstärkung der Aktivitäten. Da keine Sektoren auszumachen sind, die durch das EWR-Nein an Bedeutung verloren hätten, müssen im Rahmen des Erwünschten und Möglichen Ressourcen geschaffen oder verschoben werden (siehe unten 5.) und - da die Schaffung neuer oder Verschiebung bestehender Ressourcen offensichtlich limitiert ist - vor allem aktuelle Ressourcen gezielter eingesetzt und besser genutzt werden.

Im Einzelnen handelt es sich namentlich um

- eine intensivierete Kontaktpflege und Informationsbeschaffung durch Delegation, Delegierte in den Komitees und Zentrale - dies allerdings im Rahmen eines effektiven Interesses Berns und seiner Absorptions- und Evaluationskapazitäten;
- die Beibehaltung und gezieltere Auswertung der EFTA-Kooperation, z.B. unter Delegationschefs, bei Vorbereitungen für CESS, Handelskomitee, CPE usw.;
- eine Ueberprüfung der Besetzung gewisser Komitees, eine bessere Vorbereitung der Schweizer Vertreter und Koordination der Schweizer Position;
- eine aktive Teilnahme in den relevanten Ausschüssen anstelle einer eher passiven Präsenz, ein kreatives Einbringen von Ideen statt blosses Lesen der Dokumente;
- eine methodische Erfassung der EG-Position in allen Sitzungsberichten;
- eine verstärkte Einbeziehung nichtgouvernementaler Kreise in die schweizerische OECD-Kooperation;
- eine Fortsetzung und Intensivierung der OECD-Besuche aus der Schweiz: Parlamentarier des Bundes (wie letztmals 1991; Interesse an IEA 1993 geäussert), der Kantone (v.a. für in der Schweiz dezentralisiert behandelte Themen wie Erziehung), Stadtpräsidenten (Urban affairs) etc.

5. Personelle Ressourcen

Die Frage der personellen Ressourcen und der Aufgabenteilung zwischen Zentrale und Delegation stellt sich permanent und ist gemäss unserer eigenen, vorn dargelegten Auffassung weitgehend unabhängig vom Ergebnis des EWR-Urnengangs. Wir wollen im Rahmen dieser auf das EWR-Nein ausgerichteten Notiz deshalb nicht vertieft darauf eingehen; die Zentrale kennt die Varianten und das Verhältnis "Grösse der permanenten Delegation - Einsatz/Auftrag derselben" bestens. Die Intensität und Charakteristik des von Berns gewünschten Einsatzes bestimmen die Frage der Wünschbarkeit oder Notwendigkeit einer Verstärkung dieses Aussenpostens.

Immerhin sei auf zwei Bereiche hingewiesen, in denen unabhängig vom 6. Dezember eine Verstärkung wünschbar erscheint: Den vom BIGA federführend abgedeckten Sektor, v.a. Industriepolitik, Arbeitsmarktpolitik, Berufsbildung (der direkte Einbezug eines Mitarbeiters des BIGA in die permanente Delegation würde eine bessere substantielle Verfolgung der entsprechenden Dossiers sowie eine Entlastung der Zentrale (BIGA) erlauben) und das breite Tätigkeitsfeld, das sich durch die schweizerische Mitgliedschaft bei der Weltbank eröffnet hat. Durch eine Verstärkung würden in Paris Kapazitäten frei, die in andere prioritäre Bereiche investiert werden könnten (z.B. Beziehungen zu Nichtmitgliedländern).


6. Fazit

Zusammengefasst kann von Paris aus die Frage nach der Bedeutung der OECD für die Schweiz im Lichte des EWR-Neins wie folgt beantwortet werden:

- Ausgehend davon, dass Europa unverändert das Zentrum unserer Aussenwirtschaftspolitik darstellt, dass die heute auszumachenden fundamentalen Interessen der Schweiz schon vor dem 6. Dezember nach Möglichkeit in der OECD eingebracht worden sind und in Anbetracht des besonderen Charakters der OECD (policy dialogue, think tank, peer pressure) nimmt die Bedeutung der OECD nicht wesentlich zu.
- Erhöhte Bedeutung ist allenfalls sektorweise gegeben. Im Vordergrund stehen Konsumentenpolitik, Tourismus, Erziehung, Bildung und Forschung, CMIT, Industrie- und Arbeitsmarktpolitik. In andern Sektoren nimmt die Behandlung einzelner Fragen in der OECD an Wichtigkeit zu, z.B. CO₂-Energiesteuer.
- Verschiebung von Akzenten und tendenzielle Verstärkung gewisser Aktivitäten ohne Abschwächung anderer bedeutet eine gezieltere und intensiviertere Einsetzung vorhandener Ressourcen an Delegation und Zentrale; auch bezüglich Arbeitsmethode und Kreativität werden erhöhte Anforderungen gestellt.

- Die Frage der Aufgabenteilung Zentrale-Delegation stellt sich permanent und unabhängig vom EWR-Nein. In Funktion dessen, was von der ständigen Vertretung der Schweiz erwünscht wird - spezifisch: wie stark sie sich mit der Substanz der Probleme beschäftigen soll - bleibt die Frage einer möglichen Verstärkung der Delegation aktuell.

Der Delegationschef



E. Roethlisberger

Kopie:

- Staatssekretär F. Blankart, EVD/BAWI
- Staatssekretär J. Kellenberger, EDA
- Botschafter R. Jeker, EVD/BAWI
- Minister A. Lautenberg, EDA/FWD
- OECD-Dienst, EVD/BAWI
- Integrationsbüro EDA/EVD
- EG-Mission in Brüssel